



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/220 - 23.9.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 3 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Vorgriff auf die Sozialreform	S. 1
Streit um die Militärdienstzeit (Bericht aus England)	S. 3
Zum Blankenhorn-Schmeisser-Prozess	S. 5
Zur letzten Bundestagsdebatte	S. 7

SPD-Initiative für die Rentner

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB.

Nachdem die Bundesregierung und insbesondere der Bundesarbeitsminister seit Jahren eine Sozialreform angekündigt haben, sind nicht zuletzt wegen der lebhaften öffentlichen Kritik und vor allen Dingen der der SPD jetzt die Vorarbeiten intensiviert und in letzter Zeit verschiedene Denkschriften, Gutachten und sonstiges offizielle Material zur sozialen Neuordnung veröffentlicht worden. Da diese Unterlagen aber in wesentlichen Punkten voneinander abweichen und sich sogar widersprechen, haben sich die Probleme der Sozialreform dadurch keineswegs geklärt, sondern das Bild ist fast noch verworrener als vorher geworden.

Wenn auch der Herr Bundeskanzler kürzlich die Sozialreform als die innenpolitische Aufgabe Nr. 1 bezeichnete, "der er schon seit langem seine besondere Aufmerksamkeit widme", so hat doch die Bundesregierung bis jetzt noch nicht einmal Grundzüge einer solchen Reform herausgearbeitet. Es ist gar nicht abzusehen, wann dem Bundestag Gesetzentwürfe zur Neuordnung der sozialen Leistungen vorgelegt werden und ob überhaupt noch in diesem Bundestag eine Sozialreform, die diesen Namen beanspruchen kann, zustande kommt.

Daran ändern auch die neuesten Ankündigungen des Herrn Bundesarbeitsministers am Mittwoch, dem 21. vor der CDU-Fraktion, dass die Sozialreform jetzt in das entscheidende Stadium getreten sei, nichts. Versprechungen dieser und ähnlicher Art hat die Öffentlichkeit in

Bezug auf die Sozialreform schon zu oft gehört. Die schwierige Lebenslage der sozial Schwachen macht unverzügliche Taten erforderlich und es müssen bis zur Sozialreform Sofortmassnahmen getroffen werden.

Die SPD-Fraktion hat deshalb im Bundestag einen Gesetzentwurf über die Gewährung laufender Sonderzulagen für alle Rentner eingebracht. Nach diesem Gesetzentwurf sollen bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung der Sozialleistungen die Renten der Sozialversicherung um 12 1/2 % erhöht werden. Diese Sonderzulagen müssen den Rentnern ohne verwaltungsmässige Komplikationen in einfachster und schnellster Weise zugute kommen. Damit die Post die Erhöhungen automatisch mit den laufenden Renten auszahlen kann, hat die SPD beantragt, dass beginnend mit der Novemberrente, also von Ende Oktober an, alle vier Monate eine Sonderzulage von einer halben Monatsrente, somit jährlich anderthalb Renten gewährt werden.

Da es sich um eine soziale Notmassnahme handelt, soll die Sonderzulage im Einzelfall für Versicherte den Betrag von 100 DM, für Witwen 75 DM und für jedes Waisenkind 50 DM je Viervierteljahr nicht übersteigen.

Unbedingt muss sichergestellt werden, dass die Rentner wirklich auch in den vollen Genuss der Sonderzulage kommen. Deshalb sollen die Sonderzulagen nicht auf Leistungen der Kriegsopferversorgung, Unfallversicherung, des Lastenausgleichs, der Fürsorgeunterstützung und anderer Sozialleistungen angerechnet werden.

Die Sonderzulagen, die etwa sechs Millionen Rentnern zugute kommen werden, sollen finanziell von der Rentenversicherung bevorschusst werden, deren Vermögen inzwischen auf fast sieben Milliarden angewachsen ist und sich jährlich um 1 1/2 Milliarden erhöht. Der Gesetzentwurf der SPD sieht vor, dass die endgültige Regelung über die Mittelaufbringung im Zusammenhang mit der Neuordnung der Sozialversicherung erfolgt.

Die vorläufige Bevorschussung durch die Rentenversicherung ist auch deshalb ratsam, damit nicht wieder wie bei Verbesserung der Witwenrenten die Bundesregierung den Einwand macht, die Zulage sei nicht im Haushaltsplan vorgesehen und bedürfe deshalb nach Art. 113 Grundgesetz, der Zustimmung der Bundesregierung. Durch die von der SPD geforderte Sonderzulage wird in keiner Weise einer grundsätzlichen Sozialreform vorgegriffen. Im Gegenteil, der Umstand, dass bis zum Inkrafttreten einer Neuordnung der Rentenleistungen alle vier Monate eine weitere Sonderzulage fällig werden soll, wird den Gesetzgeber ständig an seine Pflicht zur Beschleunigung zur Sozialreform erinnern. Sozialpolitisch entscheidend ist aber, dass die Rentner nicht weiter die Leidtragenden von Verzögerungen sein dürfen.

Vor einer Herabsetzung der britischen Militärdienstzeit

E.A.London

Die britische Regierung steht vor dem Dilemma, ob - wann - und in welcher Form sie die Dienstzeit herabsetzen soll. Innerhalb aller Bevölkerungsschichten ist der Ruf nach einer erheblichen Herabsetzung der Dienstzeit mittlerweile so stark geworden, dass die Regierung über kurz oder lang Farbe bekennen muss.

Herabsetzung der Dienstpflicht ist eine der wenigen Forderungen, bei denen sich Unternehmer und Arbeitnehmer einig sind. Der Kongress der britischen Gewerkschaften in Southport hatte die Herabsetzung der Dienstzeit von zwei Jahren auf ein Jahr gefordert. Sprecher der Labourparty hatten im Parlament seit langem auf ein Herabsetzen auf 18 Monate gedrängt. Zahlreiche Unternehmerverbände haben ohne Umschweife erklärt, dass sich Grossbritannien den Luxus einer zweijährigen Dienstzeit nicht länger leisten könne, da die Industrie die jungen Männer dringend brauche. Selbst Schatzkanzler Butler hat mehrfach darauf hingewiesen, dass, wenn man die notwendigen Ersparnisse im Staatshaushalt zur Bekämpfung der inneren Inflation machen wolle, Einsparungen am ehesten auf dem Gebiete der Militärausgaben bewerkstelligt werden könnten.

Warum zögert nun die Regierung, eine so populäre Massnahme zu ergreifen? Die Gegner einer Herabsetzung der Dienstzeit berufen sich auf aussenpolitische und militärtechnische Gründe. Man hatte nach Kriegsende die an sich unpopuläre allgemeine Dienstpflicht als eine zeitweise Notwendigkeit beibehalten. Man wollte Zeit finden, um die reguläre Armee durch Neurekrutierungen aufzufüllen und zugleich die ausgebildeten Reserven stärken. Der Ausbruch des koreanischen Krieges führte zur Heraufsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre. Seitdem gefiel sich Grossbritannien in der Rolle eines Musterlandes, das im Interesse der gemeinsamen Verteidigung die längste Dienstzeit in allen NATO-Ländern von seinen jungen Männern verlangte.

Auf den koreanischen Krieg und die Beendigung des offenen Konfliktes in Indochina folgte das Nachlassen der internationalen Spannung. Der Zeitpunkt für eine Überprüfung der Notwendigkeit,

der Notwendigkeit, die lange Dienstzeit beizubehalten, schien nach dem anglo-ägyptischen Abkommen über die Räumung der Suezkanalzone gekommen. Die Überseeverpflichtungen hatten abgenommen. Hinzu kam der Abzug aus Triest und aus Österreich. Aber die Regierung schwieg sich aus, wenn Labourabgeordnete im Unterhaus die Herabsetzung der Dienstzeit verlangten.

Die Militärs sind dagegen. Das Ziel, durch verstärkte Rekrutierungen die reguläre Armee aufzufüllen, war nämlich nicht erreicht worden. Reguläre Soldaten, die zehn und mehr Jahre sich verpflichten, könnte man in Zeiten der Vollbeschäftigung nämlich nur dadurch anwerben, dass man Sold und Lebensbedingungen in der Wehrmacht der allgemeinen Lohn- und Lebenslage anpassen würde. Davor aber ist man immer zurückgeschreckt. Als Premierminister Eden in den Septemberwochen eine ausgedehnte Inspektions-tour der drei Wehrmachtsteile durchführte, kam er aus den Kasernen kopfschüttelnd heraus und sagte: "Das muss besser werden."

Selbst wenn sich Premierminister Eden nun unter dem Druck der Volksmeinung zu militärischen Einsparungen bequemen sollte, so ist noch keineswegs sicher, auf welche Weise die Regierung dies durchführen will. Eine Verringerung der Dienstzeit um drei Monate - wahrscheinlich das Höchste, was die Militärs zugestehen wollen - dürfte weder finanziell noch industriell viel helfen. Dadurch würden nur etwa 40 - 45 000 junge Leute für Zivilberufe freigemacht werden, also nur ein Bruchteil der Zahl, die man zur Besetzung der etwa eine halbe Million betragenden offenen Stellen braucht.

Nun hatte sich die Regierung schon unter Premierminister Churchill mit dem Gedanken getragen, bei der Auswahl der Wehrpflichtigen eine strengere Auswahl zu treffen und bestimmte Berufsangehörige von der Ausübung der Dienstpflicht freizustellen. Bisher macht man in Grossbritannien nur Ausnahmen für den Bergbau und die Landwirtschaft. Ein Selektivsystem, ähnlich wie es in den Vereinigten Staaten gehandhabt wird, ist aber in Grossbritannien verhasst. Es würde einem Günstlingswesen die Türen öffnen und zu verstärktem Druck von Industriezweigen und Berufsgruppen führen. So wird Sir Anthony wahrscheinlich nur die Herabsetzung der Dienstzeit um drei - oder im allerbesten Falle um sechs Monate übrigbleiben, um sich nicht die Unbeliebtheit aus allen Bevölkerungskreisen zuzuziehen.

23.9.1955

Hat Schmeisser Beweise?

W.P. Am kommenden Montag wird in Hannover vor der Zweiten Grossen Strafkammer des Landgerichts der seit Jahren erwartete und immer wieder verschobene Prozess gegen den früheren Chefagenten des französischen Geheimdienstes, Hans-Konrad Schmeisser, beginnen. Die Anklage wirft ihm vor, wider besseres Wissen unwahre Tatsachen über Bundeskanzler Adenauer, Botschafter Blankenhorn und Generalkonsul Reifferscheidt behauptet zu haben. Neben ihm sind der Herausgeber des "Spiegel", August Stein, die Redakteure Mans und Jaene und der Ministerialrat a.D. Ziebell angeklagt, denen vorgeworfen wird, nicht erweislich wahre Tatsachen verbreitet zu haben.

Der strittige Vorgang liegt über drei Jahre zurück. Am 9. Juli 1952 erschien im "Spiegel" unter der Überschrift "Am Telefon vorsichtig" ein Artikel, der zum Teil in wörtlicher Rede Aussagen Schmeissers über seinen 1948 unterhaltenen Kontakt mit der Zonenleitung der CDU in Köln enthielt, deren Vorsitzender Dr. Adenauer und deren Generalsekretär Dr. Blankenhorn waren. Nach dem Artikel war Blankenhorn von Adenauer beauftragt, dem damaligen offiziellen Beauftragten des französischen Nachrichtendienstes Schmeisser alle Unterlagen und Hilfsquellen der CDU regelmässig zur Verfügung zu stellen. Dieser sei darauf mit Blankenhorn wöchentlich zusammengetroffen und über internste innenpolitische Absichten Adenauers, soweit sie damals für den französischen Nachrichtendienst von Interesse gewesen seien, über Adenauers aussenpolitische Pläne, die auf eine enge und dauernde Verbindung mit Frankreich hinczielten, über den französischen Dienst interessierende Einzelheiten über westdeutsche Politiker sowie unter anderem über den Inhalt des "Speidel-Planes" über die Verteidigung Westdeutschlands östlich des Rheins von Blankenhorn unterrichtet worden. Ferner erstattete Blankenhorn Bericht über alle Fragen, für die der französische Nachrichtendienst Interesse hatte. Dafür habe er laufend Geld, Lebensmittel und Genussmittel erhalten, die aus französischen Magazinen stammten. Als weitere Gegenleistung für ihre Dienste sollten Adenauer und Blankenhorn im Falle eines sowjetischen Einmarsches vom französischen Geheimdienst nebst ihren Familien nach Spanien in Sicherheit gebracht werden.

Schmeisser berichtete ferner über einen Versuch Blankenhorns, zur Finanzierung des Bundestagswahlkampfes 1949 von französischer Seite Wahl-

23.9.1955

gelder in Höhe von DM 800 000,- erhalten zu haben mit der Begründung, "dass es doch wohl auch im französischen Interesse läge, dass Dr. Adenauer und seine Freunde bei den Wahlen und der anschliessenden Regierungsbildung zum Zuge kämen." Von Dr. Reifferscheidt, der damals Wirtschaftsreferent bei der CDU-Zonenleitung war - die damaligen Angestellten der CDU befinden sich heute durchweg in hohen Staatsstellungen, was man übelwollend doch wohl auch als "Parteibuchwirtschaft" bezeichnen könnte - behauptet Schmeisser, die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland betrieben und dem französischen Nachrichtendienst eine Liste westdeutscher Persönlichkeiten geliefert zu haben, die gleichfalls die Loslösung des Rheinlandes erstrebt hätten.

Soweit in wenige Sätze zusammengefasst die wichtigsten Beschuldigungen. Sie waren offiziellen Stellen bereits Ende 1951 bekannt, ohne dass allerdings etwas geschah. Erst mit der Veröffentlichung im "Spiegel" setzte seltsamerweise eine heftige Pressekampagne gegen die hessische SPD-Regierung ein, mit der augenscheinlich von der Sache selbst abgelenkt werden sollte. Man schob die Diskussion auf die Frage, auf welche Weise der Schmeisser-Bericht in den Besitz des "Spiegel" gelangt sein könnte. Gleichzeitig aber liess Dr. Adenauer kurzerhand die gesamte Auflage des Nachrichtenmagazins durch das Bonner Amtsgericht beschlagnahmen und unterdrückte damit, ohne dass vor Gericht die Wahrheit oder Unwahrheit der Beschuldigungen festgestellt worden wäre, zunächst die weitere Verbreitung. Seitdem läuft die Vorbereitung des Prozesses, dessen schwierige Materie zu immer neuer Verschiebungen des Prozessbeginns geführt hat.

Immerhin handelt es sich also um schwerwiegendste Beschuldigungen, die längst der Aufklärung bedurft hätten. Denn entsprächen auch nur Teile davon den Tatsachen, so hätten wir den grössten politischen Skandal der Nachkriegszeit, der kaum anders beseitigt werden könnte, als dass die Betroffenen aus ihrem früheren Verhalten die Konsequenzen zögen. Das Gericht steht daher vor einer ausserordentlich schwierigen Aufgabe. Der Ausgang des Prozesses ist jedenfalls völlig offen.

+ + +

- 7 -

Der Weg nach Moskau ist frei

sp. Wie zu erwarten, hat der Bundestag einmütig der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zugestimmt. Noch vor Jahresende wird ein Vertreter der Sowjetunion in Bonn - als aussichtsreichste Kandidaten werden der Deutschlandexperte Semjonow und der derzeitige Botschafter Moskaus in Pankow, Puschkin, benannt - residieren und in der sowjetischen Metropole wird ein bundesrepublikanischer Repräsentant einziehen. Dieser vertritt nicht das ganze Deutschland. Dieses Recht haben ihr die Sowjets nicht zuerkannt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen geht in sowjetischer Sicht ausdrücklich von der Existenz zweier deutscher Staaten aus. In Moskau werden nun zwei deutsche Stimmen zu vernehmen sein, eine Anomalie, die in der Geschichte wohl kaum eine Parallele findet. Wird die Wucht und das Schwergewicht dieser Tatsache nicht den Prozess der Verhärtung des Status quo beschleunigen? Schon fehlt es nicht an geeigneten Stimmen aus anderen Ländern, dasselbe zu tun, was Moskau unter Zustimmung Bonns tat: Den Kontakt mit beiden deutschen Staaten, mit Bonn und mit Pankow aufzunehmen.

Die Zustimmung der Sozialdemokratie bedeutet keine Blankovollmacht und schon gar keinen Vertrauensbeweis für die Regierung. Diese Feststellung ist umso notwendiger, als in den Erklärungen der Koalitionssprecher und in der vorangegangenen Erklärung der Bundesregierung kaum eine Neigung zu erkennen war, aus dem Ergebnis der Moskareise neue Überlegungen für eine aktive Politik der Wiedervereinigung anzustellen. Das Misstrauen der Opposition bleibt und es wird sich erst in dem Masse verringern, als Regierung und Koalition versuchen, für die kommenden Verhandlungen der vier Außenminister in Genf mit der Opposition eine gemeinsame Plattform zu finden.

Der Weg nach Moskau ist nun frei. Das ist notwendig und nützlich. Aber ebenso wichtig und notwendig ist es, dass von nun an die Energie aller politischen Kräfte der Bundesrepublik darauf gerichtet werden, den Weg nach Magdeburg und Leipzig, nach Jena und dem ganzen Berlin zu finden. 17 Millionen Deutsche Mitteldeutschlands warten darauf. Sie dürfen nicht der Sorge und dem Gefühl überlassen bleiben, nun abgeschrieben zu sein. Die Selbstachtung der Bundesrepublik und die Verpflichtung, die sie als Treuhänder des ganzen deutschen Volkes übernommen hat, erfordern Mut und Kühnheit zu neuen Initiativen, auch unter Überwindung von Prestigebedürfnissen. So darf zu keiner Zeit die Ablehnung Pankows dazu führen, vom Westen her nun den Eisernen Vorhang noch tiefer auf deutschen Boden zu senken.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau eröffnet ein neues Kapitel in dem Buch leidvoller deutscher Nachkriegsgeschichte. Es kann der Beginn des Anfangs sein, die unglückselige deutsche Spaltung zu beenden, es kann aber auch, und das war in dem Verlauf der Debatte recht deutlich zu hören, die Bestätigung des Status quo sein. Das eine wie das andere hängt wesentlich von dem Gestaltungswillen und der Zielsetzung der deutschen Politik ab. Der bisherige Weg der Bundesregierung und ihr Beharren auf den Pariser Verträgen führen an der Wiedervereinigung vorbei. Das ist die bittere Erkenntnis, die das Moskauer Ergebnis beinhaltet.

+ + +